

nenpolitischer Konflikte um die Jugoslawienflüchtlinge ein stärkeres deutsches Engagement in Afrika von Bonner Seite nicht gewünscht wurde.

Im weiteren Fortgang weitete sich die Krise in der Region noch aus und hatte schließlich den Osten Zaires als neuen Kriegsschauplatz. Im November 1996 kam es sogar überraschend zu einer Einigung auf eine militärisch abgesicherte humanitäre Intervention in Zaire. Noch erstaunlicher war, daß Deutschland erstmals die Initiative zugunsten einer solchen Aktion ergriff. Mit der französischen UN-Vertretung wurde der Text eines Entschließungsentwurfs abgestimmt, der dann als Resolution 1078(1996) angenommen wurde. Als es allerdings zu der Frage kam, wer Truppen stellen würde, blieb die deutsche Delegation stumm. In der Bonner Vertretung wurde diskutiert, wenigstens Sanitätserkrankungen – ein Vorschlag, der auch im Auswärtigen Amt Zustimmung fand –, doch am Ende lehnte die Bundesregierung eine deutsche Beteiligung ab. Deutschland hielt sich in der Folge zurück.

Die Diskussion um Zaire illustriert ein wenig die Arbeitsweise des Sicherheitsrats: Soweit möglich, versucht der Rat einstimmige Beschlüsse zu fassen, um bei ihrer Umsetzung auf eine möglichst breite internationale Unterstützung hoffen zu können. Das führt allerdings dazu, daß eher schwache oder sogar nichtssagende Texte einstimmig angenommen werden als daß ein Vorgehen beschlossen wird, das man nur bei Gegenstimmen oder Enthaltungen durchsetzen könnte. Paris beispielsweise rückte von der ursprünglichen Forderung ab, daß man keine Zeit verlieren dürfe; Washington, Moskau und Beijing wollten aus unterschiedlichen Gründen abwarten. Am Ende begrüßte die knapp eine Woche nach der ersten einschlägigen Entschließung ergangene Resolution 1080(1996) lediglich das von Kanada betriebene Vorhaben und forderte »andere interessierte Staaten« zur Mitwirkung auf. Zu einer Intervention in Zaire kam es dann jedoch nicht mehr, da die Rwandaflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehrten.

4. GUS-Staaten

Bereits im Herbst 1994 hatte Botschafter Henze seinen ersten Auftritt im Sicherheitsrat gehabt: als dessen Gast, der einen Resolutionsentwurf der »Freunde Georgiens« (der zweiten Kontaktgruppe mit deutscher Beteiligung) einbrachte. Deutschland verteidigte das »Prinzip der territorialen Integrität« im Hinblick auf Georgien und Tadschikistan; beide Mitglieder der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS) leiden an inneren Konflikten. Auf Grund der engen Beziehungen zu Georgien, dessen jetziger Präsident Eduard Schevardnadse eine wichtige Rolle bei der deutschen Einigung gespielt hatte, habe es nie ein Zögern gegeben bei der Beteiligung deutscher Soldaten an der Beobachtermission UNOMIG; entsandt wurden zehn deutsche Offiziere und Unteroffiziere. Bonner Diplomaten waren »intensiv an der Ausarbeitung des Mandats für die Beobachtergruppe in Georgien beteiligt.« Erstmals wurden westliche Beobachter zusammen mit GUS-Friedenstruppen, de facto russischen Truppen, bei einer friedenserhaltenden Operation eingesetzt.

Heikel war dabei die Frage, in welchem Maße die Beobachtergruppe die Aktivitäten der GUS-Truppen überwachen sollte, sowie die Frage der Finanzierung. Moskau war der Meinung, wenn die UN an der Überwachung teilhätten, müßten sie sich auch an der Finanzierung beteiligen. Und Rußland wie Georgien beharrten auf einer UN-Aktion mit überwiegend russischen Truppen. Die Folge wäre gewesen, daß Rußland die Kontrolle behält, der Westen aber bezahlt. Deutschland war sich mit den anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe darin einig, daß dies nicht hingenommen werden könne, sagt Henze. Dafür mußte man Moskau entgegenkommen und einigte sich auf einen Kompromiß, was die Tätigkeit der Militärbeobachter betraf. In der Beschrei-

Keine Eine Welt

Machtvoll haben die USA UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali mit dem Argument vertrieben, er habe die Reform der Vereinten Nationen nicht genügend vorangebracht. Werden sie nun ebenso machtvoll zum Vorreiter einer UN-Reform werden? Sind wir Zeugen einer amerikanischen Rückbesinnung auf die Zeit, als die herausragende Siegermacht des Zweiten Weltkriegs von ihrem früheren Isolationismus Abschied genommen hatte und mit dem Leitbild der gemeinsamen »Einen Welt« aller Völker in die Weltpolitik eingetreten war? Geht vielleicht gar von den Vereinigten Staaten eine Renaissance der idealistischen macht- und kooperationspolitischen Grundgedanken jener Organisation aus, die 1945 auf Betreiben der USA und mit einer vor allem von diesen geformten Charta gegründet worden war?

Wohl kaum. Denn in dem ursprünglichen amerikanischen Gemisch aus weltpolitischen Idealismus und außenpolitischem Pragmatismus, aus dem die UN entstanden waren, gewann bekanntlich bald der letztere Vorrang. Zudem entstand, wie innerlich, in den USA während des Kalten Krieges durch die »automatischen Mehrheiten« aus Sowjetblock und Dritter Welt eine bis heute wirksame Abneigung gegenüber den als »un-amerikanisch« empfundenen UN. Seither pendelt die amerikanische Weltpolitik, je nach inneramerikanischer Stimmungslage oder innenpolitischer Konstellation, zwischen weltpolitischen Sendungsbewußtsein (für das die Uno als störend empfunden wird) und isolationistischer Zurückhaltung (für welche die Uno als ein wichtiger Grund verstanden wird).

Während der Jahrzehnte der weltweiten Ost-West-Konfrontation waren für die USA als die westliche der beiden Supermächte in den UN gewisse Kooperationen vorgezeichnet und die Optionen eingeschränkt. Für den von der derzeit einzigen Supermacht USA entwickelten weltpolitischen Unilateralismus bedeutet jede zusätzliche Einbindung der Vereinigten Staaten in die Multilateralismen der UN eine Einschränkung ihrer weltpolitischen Bewegungsfähigkeit. Die amerikanische Außenpolitik ist daher gegenüber den UN von dem Mißtrauen geleitet, das das eines Gulliver gegenüber den ihm im Lande der Liliputaner bedrohenden Listen und Gefahren ist. Wollen die USA (was ihnen wohl niemand verdenken kann) ihre Stellung als Supermacht erhalten, dann müssen sie fast zwangsläufig vermeiden, über die Uno Teil einer »One World« zu werden. Dann müssen sie die Vereinten Nationen gewissermaßen als ein Gegenüber verstehen, je nach Lage als einen Partner oder Konkurrenten, oder, soweit möglich, als ein Mittel für die eigene Weltpolitik.

Exemplarisch deutlich wurde diese Position in dem Vortrag der designierten amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright während ihrer Anhörung vor dem Senat. »Wir müssen«, sagte sie einleitend, »unsere Führungsrolle bewahren, wenn wir unsere Interessen weltweit schützen wollen.« Anschließend behandelte sie in ihren umfangreichen Ausführungen so ziemlich alle aktuellen Probleme der amerikanischen Außenpolitik. Die UN wurden dabei zweimal erwähnt: einmal als das Instrument für Sanktionen gegen Irak und einmal als eine von mehreren Organisationen für Zwecke der »Reaktion auf Nofälle und Konflikte«. Zur Uno als umfassender Weltorganisation (deren Verbesserung die UN-Botschafterin Albright gegenüber Boutros-Ghali so unermüdlich gefordert hatte) oder zu einer auf die Uno als solche gerichteten Politik der USA verlor die neue Außenministerin kein Wort.

Reformvorschläge für die UN, die darauf zielen, mit Hilfe der Weltorganisation eine irgendwie geartete multilaterale »global governance« zu erreichen, mit der die USA (als Gulliver) verstärkt in ein Regelwerk einer »One World« (der Liliputaner) eingebunden würden, werden am amerikanischen Widerstand scheitern. Das würde beispielsweise für jegliche Reform gelten, durch die etwa der Sicherheitsrat seine in den letzten Jahren ausgeübte Funktion, den Einsatz amerikanischer Waffenmacht zu legitimieren, schwerer als bisher erfüllen könnte. Oder für eine Reform, durch die die UN etwa neue, von den Staaten unabhängige Finanzquellen (und damit mehr Eigenständigkeit) erhalten könnten.

Merke: Die »Eine Welt« ist eine, die Vereinten Nationen sind eine andere und die Vereinigten Staaten bleiben eine ganz besondere Sache.